

CDU Bedburg – Max-Beckmann-Str. 16 – 50181 Bedburg

Michael Stupp

Fraktionsvorsitzender

Mobil: 01590-68 26 980

Email: fraktion@cdu-bedburg.de
michael.stupp@cdu-bedburg.de

www.cdu-bedburg.de

Bedburg, 11.02.2021

Unsere Fragen – die Antworten:

1. Welche baulichen/technischen Präventivmaßnahmen hat die Verwaltung an den Schulen getroffen, um eine Wiederaufnahme des Unterrichts zu gewährleisten?

Es waren während des derzeitigen Distanzunterrichtes keine baulichen Maßnahmen und keine weiteren technischen Präventivmaßnahmen erforderlich, die erst eine Wiederaufnahme des Präsenzunterrichtes ermöglichen würden. Es gibt in Bedburger Schulen z.B. keine Räumlichkeiten, die nicht durch gezieltes Fensteröffnen oder durch eine RLT-Anlage gelüftet werden können.

Da wo ein technisch möglicher Schutz, z.B. durch die Bereitstellung von Spuckschutzwänden möglich war, wurden diese bereits vor geraumer Zeit durch die Verwaltung den Schulen zur Verfügung gestellt. Hier ist die Schulverwaltung des FD 4 und der FD 6 im stetigen Austausch mit den Schulleitungen.

2. Wurden mobile Luftfiltergeräte angeschafft ?
 - a. wenn ja, wie viele und für welche Schulen ?
 - b. wenn nein, warum wurde auf die Anschaffung verzichtet ?

Bislang wurden Bundesmittel nur für die Corona-gerechte Um- und Aufrüstung von (vorhandenen)

raumluftechnischen Anlagen in öffentlichen Gebäuden und Versammlungsstätten gewährt.

Weiter gab es eine auf die Beschaffung mobiler Luftfiltergeräte gerichtete Landesförderung.

Diese Förderung war aber explizit nicht für Räumlichkeiten vorgesehen bzw. ausgelegt, die durch gezieltes Fensteröffnen oder durch eine RLT-Anlage (siehe Antwort zu Frage 1) gelüftet werden können. Damit war eine Förderung für Bedburger Schulen nicht möglich.

Der Nutzen solcher Geräte ist laut Umweltbundesamt aber auch zumindest umstritten.

Geht man davon aus, dass ein mobiles Luftfiltergerät ca. 3.000 € kostet, müssten allein für die Grundschule Bedburg 17 Geräte beschaffen. Hierbei wurden die kleinen Räume der OGS nicht mal mitgezählt. Kosten von mindesten 51.000 € für nur eine Schule sind - bei einem nicht nachgewiesenen Nutzen – eine für den Haushalt schwierige Hürde. Im Gymnasium wäre in über 70 Räume ein Einsatz solcher Geräte denkbar.

Selbst wenn die Geräte angeschafft werden und es einen Nutzen durch die Geräte gäbe, wäre fraglich, ob der Markt eine ausreichende Zahl an Geräten zeitgerecht zur Verfügung stellen könnte und die Stromnetze der Schulen nicht überlastet werden.

3. Sind medizinische MNS-Masken (FFP2, KN95, OP-Masken) für das Lehrpersonal und ggf. auch die Schüler*innen angeschafft worden und wie ist deren Verteilung geplant ?

Von Anfang an hat die Stadt Bedburg, um die Beschaffung kümmert sich zentral Herr Garbe, alle Schulen mit Masken versorgt. Diese waren in erster Linie für die Lehrerschaft gedacht – aber natürlich wurden auch Schülerinnen und Schüler, die z.B. ihre Maske vergessen / verloren haben, ausgestattet. Weiterhin werden die Schulen – nun mit FFP2 und medizinischen Masken – ausgestattet .

4. Liegen der Verwaltung Kenntnisse einheitlicher Schulkonzepte zur Entzerrung des Unterrichts in Bezug auf
 - a. die Möglichkeit eines zeitlich versetzten Unterrichtsbeginn vor?
 - b. eines wechselseitigen Präsenzunterrichts, beispielsweise durch Teilung der Klassen im wochenweise wechselnden Unterricht vor?
 - c. die Nutzung anderer außerschulischer Räume bzw. Gebäude vor?
 - d. Wirkt die Verwaltung an der Erstellung einheitlicher Konzepte mit ?
 - e. Wenn nein, warum nicht?

Die Schulverwaltung steht jederzeit mit den Schulleitungen im Kontakt. Sei es, um konkrete Bedarfe zu decken, oder um Fragen zu diskutieren. Hierbei handelt es sich häufig um innere Schulangelegenheiten, die nicht in die Zuständigkeit der Stadtverwaltung fallen. So wurde in der Vergangenheit über die Möglichkeit des gestaffelten Unterrichtsbeginns gesprochen, seitens der Schulleitungen aber als nicht praktikabel oder nicht zielführend angesehen.

Anders sieht es beim Wechselunterricht bzw. Hybridunterricht aus. Hier wären die Schulen in den letzten Monaten gerne aktiv geworden, wurden aber durch Regelungen des Schulministeriums NRW daran gehindert.

Auch die Nutzung von alternativen Gebäuden / Räumen wurde in Gesprächen thematisiert. Um es kurz zu fassen: nicht realisierbar, nicht praktisch, keine ausreichenden Lehrer vorhanden, um dies umzusetzen. Selbst wenn es im Einzelfall möglich wäre – hierzu ist die Verwaltung immer gesprächsbereit –, kann es sich nur um Lösungen für Einzelfälle und keinesfalls für den Schulbetrieb einer Schule oder gar aller Schulen handeln.

Wie bereits mehrfach ausgeführt, steht die Verwaltung den Schulleitungen immer – wenn nötig auch nur beratend – zur Seite. Die Erstellung von stadtweiten einheitlichen Konzepten gehört aber eindeutig in den Bereich der inneren Schulangelegenheiten.

Bis zum 11.02.2021 war nicht klar, was nach dem 14.02.2021 für eine dann wie auch immer geartete Lösung benötigt wird. Die Schulmail ist `überraschend` schon - und das ist in der Vergangenheit nie `so zeitnah` erfolgt – eingegangen. Daher erfolgten die ersten Beratungen bereits sowohl im SAE als auch zwischen Schulverwaltung und Schulleitungen.

Schulleitungen und Schulverwaltungen hatten sich im Vorfeld bereits verabredet, bei Bedarf sich online zu beraten.

5. Das Land NRW stellt Finanzmittel für den Einsatz zusätzlicher Busse für den Schülertransportverkehr zur Verfügung. Durch eine solche Maßnahme soll die Infektionsgefahr während der Busverkehrs reduziert werden. Zeitgleich werden dadurch auch lokale Busunternehmen unterstützt.
 - a. Wird seitens der Verwaltung weitere Inanspruchnahme zusätzlicher Busse angestrebt und wenn ja, wie viele Busse und auf welchen Strecken sollen diese eingesetzt werden?

- b. Wenn nein, aus welchem Grund wird auf die Inanspruchnahme der Fördermittel und den Einsatz zusätzlicher Busse verzichtet.
- c. Sind bereits Gespräche mit lokalen Busunternehmen aufgenommen worden und wenn ja, wie ist der aktuelle Stand?

Hier muss man immer wieder darauf hinweisen, dass die Stadt Bedburg über keinen Schülerspezialverkehr verfügt, sondern für die Kosten von Monatstickets im Linienverkehr aufkommt. Insofern können rein formalistisch gesehen, gar nicht mehr Busse für den Schülertransportverkehr eingesetzt werden und deswegen kann die Stadt Bedburg die Fördermittel hierfür nicht in Anspruch nehmen.

Aber auch hier gilt: Die Schulverwaltung ist mit den Schulleitungen immer im Gespräch und man erarbeitet gemeinsam Lösungen. Bezüglich des Linienverkehrs wurde vereinbart, dass `zu volle Busse` von den Schulen an die REVG gemeldet werden und diese (auch unter Nutzung der Fördermittel) zusätzliche Busse einsetzen. Natürlich wird die Einschätzung, ab wann Busse zu voll sind, strittig sein. Auch hier besteht Einvernehmen, nach welchen Kriterien die Schulen sich an die REVG wenden sollen.

- 6. Wie der Pressemitteilung der CDU NRW Fraktion vom 27.01.2021 zu entnehmen ist, stellt das Land NRW der Stadt Bedburg mehr als 230.000 € in Form eines Förderbudgets zur Verbesserung der Offenen Ganztagsbetreuung zur Verfügung. Die Frist zur Antragstellung bei der Bezirksregierung ist der 28.02.2021. Sind seitens der Verwaltung entsprechende Projekte bereits vorgesehen und beabsichtigt die Verwaltung das Budget in Anspruch zu nehmen? Wenn nein, warum nicht?

Eine Förderung über rund 230.000 € kann aus Sicht der Verwaltung sinnvoller Weise nur für investive bauliche Maßnahmen genutzt werden. Dass die Förderung nur für Maßnahmen möglich ist, die bis zum 31.12.2021 fertiggestellt sind, ist angesichts Vergabevorschriften und der Baukonjunktur eher lebensfremd.

Es stellt sich die Frage, was man mit einer solchen Summe sinnvoll umsetzen kann, ohne dass man ausreichend Zeit für Planung und Umsetzung hat. Glücklicherweise sind die Kommunen, die dieses Jahr eh einen Ausbau einer OGS geplant hatten.

Die Verwaltung hat die im Doppelhaushalt 2020/2021 verankerten stadtweiten Baumaßnahmen für 2021 so geplant, dass dies mit dem vorhandenen Personal leistbar wäre, wenn es keine personellen Ausfälle und keine Sonderaufgaben, wie die vollständige Übernahme des Rathausneubaues, gibt. Da ist in der Regel wenig Spielraum, um derartige Fördertöpfe zu bedienen. Das gilt natürlich insbesondere bei der Kurzfristigkeit der Fördermöglichkeit.

- 7. Wie weit sind die Planungen einer ausreichenden Glasfaseranbindung unserer Schulen im Stadtgebiet und wann ist mit einer Umsetzung zu rechnen? Gibt es die Möglichkeit entsprechende Infrastrukturmaßnahmen zu beschleunigen?

Für die Glasfaseranbindung der `unterversorgten` Schulen wurden Fördermittel, ein entsprechender Förderbescheid liegt seit Mitte 2020 vor, requiriert. Die Umsetzung befindet sich aktuell in der Vergabe. Die Leistungen mussten europaweit ausgeschrieben werden. Alle Möglichkeiten, dies organisatorisch zu beschleunigen (bspw. durch die Nutzung einer externen Vergabestelle und kürzest mögliche Fristsetzungen) sind ausgenutzt worden. Im nächsten Verfahrensschritt stehen die Verhandlungsgespräche mit den Bietern an. Diese sind für Mitte März terminiert. Aktuell befindet sich das Projekt in der Angebotsphase für die ausgewählten Bieter. Eine Umsetzung soll dann unmittelbar nach Zuschlag erfolgen.

Hierbei muss man aber auch darauf hinweisen, dass z.B. der Anschluss für die Grundschule

Kaster nicht von der Förderung betroffen ist, da der bisherige Anschluss `zu gut´ ist.

8. Wie ist der Stand der technischen Ausstattungen innerhalb der Schulen/Unterrichtsräume in Bezug auf die Nutzungsmöglichkeiten von W-LAN?

In allen Schulen ist eine W-LAN Verfügbarkeit flächendeckend vorhanden. Bei gemeldeten „WLAN Lücken“ werden diese kurzfristig durch die Schul-IT ausgebessert. Allerdings muss man fragen, wofür die W-LAN Nutzung im Schulgebäude in Bezug auf die Rückkehr in den Präsenz-Unterricht überhaupt genutzt werden soll. Über den Einsatz von WLAN in Schulen entscheidet im Zweifel die Schulleitung in Abstimmung mit der Schul-IT. Hierbei muss man immer wieder darauf hinweisen, dass das Nadelöhr eben nicht die W-LAN Versorgung im Haus, sondern der (fehlende) Glasfaser-Anschluss darstellt.

9. Wie sind die Erfahrungen der Verwaltung, was die Auslastung der Schulserver angeht und besteht hier weiterer Handlungsbedarf? Wenn ja, welche weiteren Maßnahmen sind vorgesehen?

Die Auslastung der schulinternen Server liegt im „grünen“ Bereich. Hier besteht aktuell kein Handlungsbedarf. Bei der Beschaffung der Serverkapazitäten wurden diese entsprechend mit Reserven dimensioniert. Soweit eine höhere Auslastung erkennbar wird, wird immer unverzüglich nachgesteuert. Das war z.B. in der ersten Woche des Distanzlernens der Fall und konnte sehr zeitnah behoben werden.

10. Insbesondere die aktuelle Lockdownphase hat gezeigt, dass die Verfahrensweisen der Grundschulen bezüglich Homeschoolings sehr unterschiedlich sind. So scheint der technische Wissenstand und die Bereitschaft digitale Wege nutzen zu wollen/können innerhalb der Lehrerschaft sehr unterschiedlich zu sein.
- Inwieweit ist der Verwaltung bekannt, ob Lehrpersonal in den letzten Monaten in Bezug auf digitale Medien und Nutzung digitaler Formate fort- und weitergebildet wurde?
 - Besteht seitens der Verwaltung die Möglichkeit auf eine abgestimmte Verfahrensweisen bzw. einen möglichst einheitlichen Basiswissenstand hinzuwirken?

Alle Schulen verfügen über ein Lehrerfortbildungsbudget des Landes. Es ist zwar grundsätzlich bekannt, dass Schulen dieses Budget auch einsetzen, aber über Art und Umfang kann keine Aussage getroffen werden. Es handelt sich aber auch ausdrücklich um eine schulinterne Angelegenheit. Wie schon mehrfach zum Ausdruck gebracht, steht die Stadtverwaltung den Schulen auch immer beratend zu Seite.

11. Es wurden mehrere hundert digitale Endgeräte durch die Stadt Bedburg angeschafft. Wie hoch ist aktuell die Auslastung der Geräte und wie sind diese verteilt ?

Die Lehrergeräte sind entsprechend der Anzahl der Lehrerschaft an den Schulen verteilt worden. Über die Auslastung kann keine Aussage getroffen werden (wäre auch als Arbeitsüberwachung anzusehen!). Die Schülergeräte sind entsprechend der Anzahl der Schüler auf die Schulen verteilt worden. Die Schulen haben die Verteilung eigenverantwortlich übernommen und sprechen sich ggf. untereinander ab, wenn es an einer Schule einen höheren Bedarf gibt. Über die Nutzung durch die Schülerinnen und Schüler (z.B. wie viele Stunden die Geräte tatsächlich wofür im Einsatz sind) ist eine Aussage nicht möglich und eine Überprüfung sicher

nicht gewollt.

Sollte die Frage darauf abzielen, wie viele Geräte ausgegeben wurden, möchte ich darauf hinweisen, dass in Abstimmung mit den Schulleitungen die Ausgabe eigenverantwortlich durch die Schulen erfolgte. Diese Entscheidung wurde ganz bewusst getroffen, da die Schulen am ehesten entscheiden können, wo sie welchen Bedarf decken können. Hierbei wurde der überwiegende Teil der Geräte eingesetzt. Soweit an einer Schule einen höheren Bedarf an Geräten gab, konnten die Schulen diesen intern und untereinander (s.o.) decken.